



**RAT DER
EUROPÄISCHEN UNION**



12802/12

**PRESSE 346
PR CO 46**

MITTEILUNG AN DIE PRESSE

3184. Tagung des Rates

Allgemeine Angelegenheiten

Brüssel, den 24. Juli 2012

Präsident **Andreas MAVROYIANNIS**
Stellvertretender Minister, zuständig für europäische
Angelegenheiten

(Zypern)

P R E S S E

Wichtigste Ergebnisse der Ratstagung

*Der Rat nahm Erläuterungen der Kommission zu ihren überarbeiteten Vorschlägen für den **mehnjährigen Finanzrahmen 2014-2020** zur Kenntnis und wurde vom zyprischen Vorsitz über die Organisation der Beratungen zu diesem Dossier in der zweiten Hälfte des Jahres 2012 unterrichtet.*

*Der zyprische Vorsitz unterrichtete den Rat über sein **Arbeitsprogramm** für seine Amtszeit.*

*Der Rat erörterte die im Anschluss an die Tagung des **Europäischen Rates** vom 28./29. Juni 2012 zu ergreifenden Maßnahmen.*

*Der Rat nahm seinen Standpunkt zum Entwurf des **Haushaltplans für 2013** an.*

INHALT¹

TEILNEHMER.....	5
------------------------	----------

ERÖRTERTE PUNKTE

Mehrjähriger Finanzrahmen.....	7
Programm des Vorsitzes	9
Europäischer Rat.....	10
Sonstiges	11
Dezentrale Agenturen	11
Rumänien	11

SONSTIGE ANGENOMMENE PUNKTE

HAUSHALTSFRAGEN

– Standpunkt des Rates zum Entwurf des EU-Haushaltsplans 2013	12
---	----

ALLGEMEINE ANGELEGENHEITEN

– Beitragssatz zum Versorgungssystem der EU-Beamten	12
– Unterstützung der türkischen Gemeinschaft Zyperns.....	13

WIRTSCHAFT UND FINANZEN

– Abweichung Dänemarks von der MwSt-Richtlinie - private Nutzung leichter Nutzfahrzeuge.....	13
– Manipulation von für die haushaltspolitische Überwachung verwendeten Statistiken.....	13
– Externer Rechnungsprüfer der Banka Slovenije.....	13

¹

- Sofern Erklärungen, Schlussfolgerungen oder Entschlüsse vom Rat förmlich angenommen wurden, ist dies in der Überschrift des jeweiligen Punktes angegeben und der Text in Anführungszeichen gesetzt.
- Dokumente, bei denen die Dokumentennummer im Text angegeben ist, können auf der Website des Rates <http://www.consilium.europa.eu> eingesehen werden.
- Rechtsakte, zu denen der Öffentlichkeit zugängliche Erklärungen für das Ratsprotokoll vorliegen, sind durch * gekennzeichnet; diese Erklärungen können auf der genannten Website des Rates abgerufen werden oder sind beim Pressedienst erhältlich.

JUSTIZ UND INNERES

- EU-Agentur für IT-Großsysteme – Beteiligung von EFTA-Ländern..... 14
- Schengener Informationssystem..... 14
- "Prüm-Beschlüsse" (*) - Automatisierter Austausch von Daten mit Ungarn..... 14

HANDEL

- Abkommen mit Russland – Rohstoffe, Dienstleistungen und Fahrzeugteile 15

BINNENMARKT

- Kraftfahrzeuge - Spurhaltewarnsysteme und Notbrems-Assistenzsysteme..... 15

FISCHEREI

- Fangmöglichkeiten - Schutz des Großen Teufelsrochens..... 16

EUROPÄISCHER WIRTSCHAFTSRAUM

- Emissionshandelssystem 16
- Rückstände von Schädlingsbekämpfungsmitteln 16

ERNENNUNGEN

- Wirtschafts- und Sozialausschuss..... 17

TRANSPARENZ

- Transparenz – Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten..... 17

TEILNEHMER

Belgien:

Didier REYNDERS

Vizepremierminister und Minister der Auswärtigen
Angelegenheiten, des Außenhandels und der Europäischen
Angelegenheiten

Bulgarien:

Dimitar TZANTCHEV

Ständiger Vertreter

Tschechische Republik:

Karel SCHWARZENBERG

Erster stellvertretender Ministerpräsident und Minister für
auswärtige Angelegenheiten

Dänemark:

Nicolai WAMMEN

Minister für europäische Angelegenheiten

Deutschland:

Michael G. LINK

Staatsminister im Auswärtigen Amt

Estland:

Urmas PAET

Minister für auswärtige Angelegenheiten

Irland:

Lucinda CREIGHTON

Staatsministerin für europäische Angelegenheiten (Amt
des Premierministers und Ministerium für auswärtige
Angelegenheiten und Handel)

Griechenland:

Dimitrios KOURKOULAS

Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten

Spanien:

Íñigo MÉNDEZ DE VIGO Y MONTOJO

Staatssekretär für die Europäische Union

Frankreich:

Bernard CAZENEUVE

Staatsminister für europäische Angelegenheiten beim
Minister für auswärtige Angelegenheiten

Italien:

Enzo MOAVERO MILANESI

Minister, zuständig für europäische Angelegenheiten

Zypern:

Andreas MAVROYIANNIS

Stellvertretender Minister beim Präsidenten, zuständig für
europäische Angelegenheiten
Direktorin für europäische Angelegenheiten

Rea YIORDAMLIS

Lettland:

Andris TEIKMANIS

Staatssekretär, Ministerium für auswärtige
Angelegenheiten

Litauen:

Audronius AŽUBALIS

Minister für auswärtige Angelegenheiten

Luxemburg:

Christian BRAUN

Ständiger Vertreter

Ungarn:

Enikő GYŐRI

Staatssekretärin, Ministerium für auswärtige
Angelegenheiten

Malta:

Tonio BORG

Stellvertretender Premierminister und Minister für
auswärtige Angelegenheiten

Niederlande:

Peter de GOOIJER

Ständiger Vertreter

Österreich:

Wolfgang WALDNER

Staatssekretär im Bundesministerium für europäische und
internationale Angelegenheiten

Polen:

Piotr SERAFIN

Staatssekretär, Ministerium für auswärtige
Angelegenheiten

Portugal:

Miguel MORAIS LEITÃO

Beigeordneter Staatssekretär für europäische
Angelegenheiten

Rumänien:

Leonard ORBAN

Minister für europäische Angelegenheiten

Slowenien:

Karl Viktor ERJAVEC

Stellvertretender Premierminister, Minister für auswärtige
Angelegenheiten

Slowakei:

Peter JAVORČÍK

Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten

Finnland:

Jan STORE

Ständiger Vertreter

Schweden:

Birgitta OHLSSON

Ministerin für europäische Angelegenheiten

Vereinigtes Königreich:

David LIDINGTON

Staatsminister für auswärtige Angelegenheiten und
Commonwealth-Fragen

Kommission:

Maroš ŠEFČOVIČ

Janusz LEWANDOWSKI

Vizepräsident

Mitglied

Die Regierung des Beitrittsstaates war wie folgt vertreten:

Kroatien:

Vesna PUSIĆ

Ministerin für auswärtige und europäische
Angelegenheiten

ERÖRTERTE PUNKTE

Mehrjähriger Finanzrahmen

Der Rat nahm in öffentlicher Sitzung¹ einen überarbeiteten Vorschlag der Kommission für den mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) der EU für den Zeitraum 2014-2020 zur Kenntnis ([12356/12](#)).

Der überarbeitete Vorschlag berücksichtigt den für Mitte 2013 vorgesehenen Beitritt Kroatiens, die gesamtwirtschaftliche Frühjahrprognose der Kommission sowie neue regionale und nationale Wirtschaftsdaten.

Der zyprische Vorsitz informierte die Minister über die Organisation der Beratungen während seiner Amtszeit ([12076/12](#)). Ferner informierte er den Rat über bilaterale Treffen mit Vertretern der Mitgliedstaaten, die vom 10.-19. Juli stattfanden.

Viele Minister äußerten Bedenken über die überarbeiteten MFR-Vorschläge:

- Einige waren der Auffassung, dass die Erhöhung der Gesamtobergrenze für die Ausgaben angesichts der gegenwärtigen Wirtschaftskrise und der Bemühungen der Mitgliedstaaten um Haushaltskonsolidierung nicht plausibel sei, und bekräftigten ihre Forderung nach erheblichen Kürzungen. Mehrere Minister plädierten für einen Top-down-Ansatz, d.h. dafür, vor den Beratungen über das MFR-Paket eine Gesamtobergrenze für die Ausgaben zu vereinbaren. Eine Reihe von Ministern waren der Ansicht, dass Schritte eingeleitet werden sollten, um die Frage der noch bestehenden Mittelbindungen ("RAL", *reste à liquider*) zu lösen.
- Andere Minister hoben den Investitionscharakter des EU-Haushalts hervor und verwiesen auf den wichtigen Beitrag, den die Kohäsionspolitik im Hinblick auf Wachstum und Beschäftigung leistet. Sie bedauerten, dass die Kommission nach Aktualisierung des MFR weniger Finanzmittel für die Kohäsionspolitik in den derzeitigen 27 Mitgliedstaaten vorgeschlagen hat. Dies stehe nicht im Einklang mit den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom Juni, in denen anerkannt wurde, dass die Kohäsionspolitik ein wichtiges Instrument zur Unterstützung von Investitionen in wachstumssteigernde Maßnahmen darstellt. Sie vertraten den Standpunkt, die Wirtschaftskrise erfordere "mehr", nicht "weniger" Kohäsion.

Der zyprische Vorsitz beabsichtigt, den MFR auf die Tagesordnung jeder Tagung des Rates (Allgemeine Angelegenheiten) zu setzen und die Beratungen durch das Instrument der "Verhandlungsbox" fortzusetzen.

¹ Webübertragung: <http://video.consilium.europa.eu/webcast.aspx?ticket=775-979-11734>

Die Verhandlungsbox ist ein vom Vorsitz erstelltes Papier, in dem die wichtigsten Elemente und Optionen für die Verhandlungen über den MFR umrissen sind. Es wird im Zuge der Verhandlungen ständig aktualisiert und soll letztendlich die Grundlage für eine Einigung im Europäischen Rat bilden. Die Verhandlungen werden nach dem Grundsatz geführt, dass nichts vereinbart ist, bis alles vereinbart ist.

Der Vorsitz setzt sich dafür ein, weiterhin eng mit dem Europäischen Parlament zusammenzuarbeiten, um eine gemeinsame Linie zu finden, die zur rechtzeitigen Annahme der betreffenden Beschlüsse führt. Dem Beispiel früherer Vorsitze folgend wird der zyprische Vorsitz vor jeder Tagung des Rates (Allgemeine Angelegenheiten) einen Gedankenaustausch mit Vertretern des Europäischen Parlaments führen und ihnen anschließend Bericht erstatten.

Die Minister für europäische Angelegenheiten werden ihre Beratungen über den MFR fortsetzen und auf ihrer informellen Tagung am 30. August in Nikosia einige der Schlüsselemente des Pakets erörtern. Im Vorfeld der Tagung des Europäischen Rates im Oktober wird sich der Rat (Allgemeine Angelegenheiten) auf seinen Tagungen am 24. September und 16. Oktober mit diesem Paket beschäftigen.

Ziel ist, noch vor Jahresende eine Einigung zu erreichen.

Weitere Informationen zu den Verhandlungen sind auf der Website des Rates zum MFR zu finden:

<http://www.consilium.europa.eu/special-reports/mff>

Programm des Vorsitzes

Der Rat nahm in öffentlicher Beratung¹ die Ausführungen des zyprischen Vorsitzes zu dessen Programm für seine Amtszeit (Juli bis Dezember 2012) zur Kenntnis. Der Rat führte hierüber einen Gedankenaustausch.

Der zyprische Vorsitz möchte vier Schwerpunkte setzen:

- ein Europa, das sich durch mehr Effizienz und Nachhaltigkeit auszeichnet,
- ein Europa, das durch Wachstumsimpulse eine größere Wirtschaftsleistung erbringt,
- ein Europa, das für seine Bürger größere Relevanz besitzt, das Solidarität und sozialen Zusammenhalt zeigt,
- ein Europa, das weltweit präsent ist und engeren Kontakt zu seinen Nachbarn pflegt.

¹ Webübertragung: <http://video.consilium.europa.eu/webcast.aspx?ticket=775-979-11734>

Europäischer Rat

Der Rat zog Bilanz über die Folgemaßnahmen, die im Anschluss an die Tagung des Europäischen Rates¹ vom 28./29. Juni 2012 im Hinblick auf die Umsetzung der wichtigsten wirtschaftspolitischen Entscheidungen ergriffen wurden.

Die Diskussionen bezogen sich insbesondere auf folgende Bereiche:

- die Bemühungen um die Stärkung der Wirtschafts- und Währungsunion der EU;
- das Verfahren für die Überwachung im Rahmen des *Europäischen Semesters*, insbesondere, was den Umgang mit länderspezifischen Empfehlungen zur Finanz- und Wirtschaftspolitik betrifft;
- die Zusammenarbeit zwischen dem Europäischen Parlament, dem Rat und der Kommission bei der Umsetzung des Pakts für Wachstum und Beschäftigung.

¹ Dok. EUCO 76/12.

Sonstiges**Dezentrale Agenturen**

Der Rat begrüßte die Einigung, die die Kommission, das Europäische Parlament und der Rat Mitte Juni über eine gemeinsame Erklärung und ein gemeinsames Konzept für die dezentralen Agenturen der EU erzielt haben ([11450/12](#)).

Ziel des gemeinsamen Konzeptes ist es, dem Europäischen Parlament, dem Rat und der Kommission rechtlich nicht bindende Orientierungen für alle ihre künftigen Beschlüsse, die die dezentralisierten Agenturen der EU betreffen, an die Hand zu geben, insbesondere in Bezug auf Rolle und Stellung der Agenturen, ihre Struktur und Verwaltung, ihre Arbeitsweise, die Programmierung der Tätigkeiten und Ressourcen und die Verantwortlichkeit, die Kontrollen und die Transparenz sowie die Beziehungen zu den interessierten Kreisen.

Rumänien

Der Rat wurde über die jüngsten Entwicklungen im Hinblick auf die politische Lage in Rumänien unterrichtet.

SONSTIGE ANGENOMMENE PUNKTE**HAUSHALTSFRAGEN****Standpunkt des Rates zum Entwurf des EU-Haushaltsplans 2013**

Der Rat nahm seinen Standpunkt zum Entwurf des Haushaltsplans für 2013 an¹, mit dem die Erhöhung der Zahlungen auf 2,79% im Vergleich zu 2012 begrenzt wird ([12279/1/12 REV 1](#) + [ADD 1](#) + [ADD 2](#) + [12278/12](#) + [ADD 1](#) + [ADD 2](#) + [ADD 3](#)).

Der Standpunkt des Rates verbindet das Erfordernis, eine übermäßige Belastung der öffentlichen Finanzen in Zeiten der Haushaltskonsolidierung zu vermeiden, mit dem Bedarf an wachstumssteigernden Maßnahmen. Ferner wird die Tatsache berücksichtigt, dass 2013 das letzte Jahr des geltenden mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) ist.

Die wichtigste Erhöhung bei den Zahlungen (+6,71%) gilt – im Einklang mit der Strategie Europa 2020 für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum – der Rubrik 1 (Nachhaltiges Wachstum).

In absoluten Zahlen sind im Standpunkt des Rates zum Haushaltsplanentwurf für das Haushaltsjahr 2013 folgende Summen vorgesehen:

- 132,70 Mrd. EUR an Zahlungen was 0,99% des EU-Bruttonationaleinkommens (BNE) entspricht, sowie
- 149,78 Mrd. EUR an Verpflichtungen, womit ein Spielraum von 3,58 Mrd. EUR unterhalb der Gesamtobergrenze des MFR geschaffen wird.

Einzelheiten sind Dokument [12806/12](#) zu entnehmen.

ALLGEMEINE ANGELEGENHEITEN**Beitragssatz zum Versorgungssystem der EU-Beamten**

Der Rat nahm ein Schreiben der Kommission zur Kenntnis, in der sie den Rat ersucht, einen Vorschlag zur Anpassung des Beitragssatzes zum Versorgungssystem der EU-Beamten ([12772/12](#)) anzunehmen.

¹ Die niederländische, die schwedische und die britische Delegation stimmten dagegen; die österreichische Delegation enthielt sich ihrer Stimme.

Unterstützung der türkischen Gemeinschaft Zyperns

Der Rat nahm Schlussfolgerungen über einen Sonderbericht des Europäischen Rechnungshofs mit dem Titel "Hilfsmaßnahmen der Europäischen Union für die türkisch-zyprische Gemeinschaft" an (siehe Dok. [12526/12](#)).

WIRTSCHAFT UND FINANZEN

Abweichung Dänemarks von der MwSt-Richtlinie - private Nutzung leichter Nutzfahrzeuge

Der Rat nahm einen Beschluss an, der Dänemark dazu ermächtigt, eine von der Richtlinie 2006/112/EG über das gemeinsame Mehrwertsteuersystem abweichende Regelung für die private Nutzung leichter Nutzfahrzeuge einzuführen ([11987/12](#)).

Die Maßnahme ermächtigt Dänemark, eine Tagespauschale von 40 DKK für die private Nutzung eines leichten Nutzfahrzeuges, das zur rein betrieblichen Nutzung zugelassen wurde, zu erheben.

Der Beschluss des Rates gilt bis zum 31. Dezember 2014.

Manipulation von für die haushaltspolitische Überwachung verwendeten Statistiken

Der Rat beschloss aufgrund saisonbedingter Terminzwänge, den Zeitraum für die Erhebung von Einwänden gegen den Entwurf eines Beschlusses der Kommission über Untersuchungen und Geldbußen in Zusammenhang mit der Manipulation von Statistiken, die für die haushaltspolitische Überwachung im Euro-Währungsgebiet verwendet werden ([12498/12](#)), um weitere zwei Monate zu verlängern.

Bei dem Entwurf des Beschlusses handelt es sich um einen delegierten Rechtsakt nach Artikel 290 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union; der Rat und das Europäische Parlament haben normalerweise zwei Monate Zeit, etwaige Einwände zu erheben.

Externer Rechnungsprüfer der Banka Slovenije

Der Rat nahm einen Beschluss an, mit dem die Firma Deloitte als externer Rechnungsprüfer der Banka Slovenije für die Geschäftsjahre 2012 bis 2014 ernannt wird ([11897/12](#)).

JUSTIZ UND INNERES**EU-Agentur für IT-Großsysteme – Beteiligung von EFTA-Ländern**

Der Rat nahm einen Beschluss über die Ermächtigung zur Aufnahme von Verhandlungen über eine Vereinbarung mit Island, Norwegen, der Schweiz und Liechtenstein über die Modalitäten der Beteiligung dieser Staaten an der Europäischen Agentur für das Betriebsmanagement von IT-Großsystemen im Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts an ([11797/12](#)).

Schengener Informationssystem

Der Rat nahm das Ergebnis des zweiten Meilenstein-Tests für das SIS II, der im Mai durchgeführt worden war, zur Kenntnis.

Wie in der Anlage zu den Schlussfolgerungen des Rates vom Juni 2009 dargelegt, dienen die beiden Meilenstein-Tests dem Nachweis der Stabilität, Zuverlässigkeit und Leistungsfähigkeit des zentralen Systems sowie des einwandfreien Funktionierens wesentlicher Kernfunktionalitäten, beispielsweise Datenkohärenz und zuverlässige Nachrichtenübertragung. Deutschland bekundete eine abweichende Meinung.

"Prüm-Beschlüsse" (*) - Automatisierter Austausch von Daten mit Ungarn

Der Rat nahm einen Beschluss über die Aufnahme des automatisierten Austauschs von DNA-Daten und daktyloskopischen Daten mit Ungarn an ([11916/12](#) und [11923/12](#)).

Ein Bewertungsverfahren, das diesem Beschluss voranging, kam zu dem Ergebnis, dass Ungarn die allgemeinen Bestimmungen zum Datenschutz vollständig umgesetzt hat ([11354/12](#) und [11360/12](#)). Das Land ist von nun an berechtigt, DNA-Daten und daktyloskopische Daten zum Zwecke der Prävention und Ermittlung von Straftaten zu empfangen und zu übermitteln.

(*) Beschlüsse 2008/615/JI und 2008/616/JI des Rates

HANDEL

Abkommen mit Russland – Rohstoffe, Dienstleistungen und Fahrzeugteile

Der Rat nahm einen Beschluss an, mit dem er den Abschluss – im Namen der EU – eines Abkommens mit Russland billigte, nach dem sich dessen Regierung nach besten Kräften bemüht, für bestimmte Rohstoffe keine Ausfuhrabgaben einzuführen oder zu erhöhen ([16828/11](#)).

Nach dem Abkommen konsultiert die Regierung der Russischen Föderation die Europäische Kommission, sollte sie die Einführung oder die Erhöhung von Ausfuhrabgaben auf diese Rohstoffe in Betracht ziehen, spätestens zwei Monate vor der Umsetzung der betreffenden Maßnahmen.

Der Rat verabschiedete ferner Beschlüsse zur Genehmigung des Abschlusses von Abkommen mit Russland über

- die Aufrechterhaltung von im derzeitigen Partnerschafts- und Kooperationsabkommen zwischen der EU und Russland enthaltenen Verpflichtungen im Bereich des Dienstleistungsverkehrs ([16815/11](#));
- den Handel mit Teilen und Komponenten von Kraftfahrzeugen ([11806/11](#)).

BINNENMARKT

Kraftfahrzeuge - Spurhaltewarnsysteme und Notbrems-Assistenzsysteme

Der Rat nahm einen Beschluss an, mit dem er Entwürfe für Regelungen des Verwaltungsausschusses der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen (UN/ECE) für Europa billigt, die einheitliche Vorschriften für die Typengenehmigung von Fahrzeugen im Hinblick auf Spurhaltewarnsysteme und Notbrems-Assistenzsysteme betreffen.

UN/ECE-Regelungen sollen technische Hindernisse für den Handel mit Kraftfahrzeugen beseitigen und ein hohes Sicherheits- und Schutzniveau bei der Verwendung dieser Fahrzeuge gewährleisten.

FISCHEREI

Fangmöglichkeiten - Schutz des Großen Teufelsrochens

Der Rat nahm Änderungen der Verordnungen 43/2012 und 44/2012 in Bezug auf den Schutz der Art "Großer Teufelsrochen" und bestimmte Fangmöglichkeiten an ([11983/12](#)).

Damit werden die beiden Verordnungen zur Festsetzung der Fangmöglichkeiten für bestimmte Fischbestände dahin gehend geändert, dass der Große Teufelsrochen in die Artikel aufgenommen wird, die Listen verbotener Fänge enthalten. Die Änderungen wurden im Anschluss an die 10. Konferenz der Vertragsparteien des Übereinkommens zur Erhaltung der wandernden wild lebenden Tierarten vom 20. bis 25. November 2011 in Bergen vorgeschlagen, nachdem der Große Teufelsrochen (*Manta birostris*) dort in die Liste der geschützten Arten aufgenommen worden war.

EUROPÄISCHER WIRTSCHAFTSRAUM

Emissionshandelssystem

Der Rat billigte den im Gemeinsamen EWR-Ausschuss zu vertretenden Standpunkt der EU zur Änderung von Anhang 20 (Umwelt) des EWR-Abkommens.

Mit dem Beschluss werden alle einschlägigen Rechtsvorschriften der EU in Bezug auf das Emissionshandelssystem in das EWR-Abkommen aufgenommen ([11697/12](#)).

Rückstände von Schädlingsbekämpfungsmitteln

Der Rat billigte den im Gemeinsamen EWR-Ausschuss zu vertretenden Standpunkt der EU zur Änderung von Anhang II (Technische Vorschriften, Normen, Prüfung und Zertifizierung) des EWR-Abkommens im Hinblick auf Rückstände von Schädlingsbekämpfungsmitteln ([11609/12](#)).

ERNENNUNGEN

Wirtschafts- und Sozialausschuss

Der Rat ernannte Herrn Pekka RISTELÄ (Finnland) und Herrn Vitas MAČIULIS (Litauen) für die verbleibende Amtszeit, d.h. bis zum 20. September 2015, zu Mitgliedern des Wirtschafts- und Sozialausschusses ([12436/12](#) und [12438/12](#)).

TRANSPARENZ

Transparenz – Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten

Der Rat billigte

- eine Antwort auf den Zweitantrag von Frau Joanna Hosa (Nr. 15/c/01/12) ([12340/12](#)) und
 - eine Antwort an den Europäischen Bürgerbeauftragten betreffend die Beschwerde von Herrn David Price (862/2012/RT); die schwedische Delegation stimmte dagegen. ([10830/12](#)).
-